

Wahlprüfsteine des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND)

Antworten der CDU Rheinland-Pfalz

- **Welche Maßnahmen zur Stärkung des Nationalparks und des Biosphärenreservats unterstützen Sie und wie wollen Sie in RLP eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung weiterentwickeln?**

Wir stehen zum Nationalpark Hunsrück-Hochwald und wollen das Projekt im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sinnvoll weiterentwickeln. Dazu gehört für uns auch eine Verbesserung der Infrastruktur im Umfeld, die aber von der Landesregierung abgelehnt wird.

Das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen wollen wir stärken. Daher haben wir uns für ein Verbot von Windenergieanlagen im Pfälzerwald ausgesprochen. Der Schutzstatus muss erhalten bleiben.

Bereits heute praktizieren Landesforsten und private Waldbesitzer eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung. Daran halten wir fest. Ein Verzicht auf die Nutzung von Holz aus heimischen Wäldern ist angesichts der weltweiten Holzknappheit weder ethisch noch wirtschaftlich zu vertreten. Er würde eine zusätzliche CO₂-Bindung in Holzprodukten preisgeben und die Verbraucher zur Nutzung von ökologisch ungünstigeren Bau- und Brennstoffen veranlassen. Die Stilllegung von Waldflächen ist weder aus Gründen des Klimaschutzes zu rechtfertigen noch einer wirtschaftlichen Förderung des ländlichen Raums zuträglich.

- **Welche Schritte unternehmen Sie, um den Biotopverbund zu verbessern und wie stellen Sie sich vor dem Hintergrund der so genannten Schuldenbremse die weitere Förderung des Naturschutzes im Land vor?**

Verkehrswege haben die Lebensräume vieler Arten in Rheinland-Pfalz zerschnitten. Daher sind Wildbrücken eine gute Möglichkeit, um Biotope wieder miteinander zu vernetzen und den Austausch zwischen voneinander getrennten Populationen zu fördern.

Der Naturschutz wird auch angesichts der Schuldenbremse von Bedeutung bleiben. Wir setzen in erster Linie auf den Vertragsnaturschutz in Kooperation mit den Landwirten, denn wir sind der festen Überzeugung, dass der Vertragsnaturschutz die effektivste Form des Naturschutzes ist, weil er mit statt gegen die Landwirte geschieht. Wir stehen zum Grundsatz „Schutz durch Nutzung“ und halten es für

elementar wichtig, dass die Landbesitzer bzw. -bewirtschafter bei Einschränkungen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Nur wenn wir Landbesitzer bzw. Landnutzer fair einbinden, werden wir eine breite Akzeptanz für den Schutz unserer Natur und Umwelt erhalten. Darüber hinaus bleiben die Richtlinien zum Gewässerschutz, zur Reinhaltung der Luft oder zur Verminderung von Lärm weiter bestehen und werden angewendet.

- **Wie stellen Sie sich die weitere Gestaltung der Energiewende und den Ausbau sowie die Steuerung der Erneuerbaren vor und welche Maßnahmen zur Energieeinsparung wollen Sie anstoßen?**

Wir stehen zur Energiewende und wollen sie mit Vernunft und Augenmaß fortsetzen. Dabei müssen Auswirkungen auf Landschaftsbild, Tierwelt und Menschen möglichst gering gehalten werden. Das gilt besonders für den Ausbau der Windenergieanlagen im Land, denen bei der Energiewende eine Schlüsselrolle zukommt. Den „Wildwuchs“ der vergangenen Jahre wollen wir beenden. Das bisherige Konzept, dass nur die Kommunen die Standorte festlegen, hat sich nicht immer bewährt. Wir brauchen ein System, bei dem die Planungsgemeinschaften gemeinsam mit den Kommunen die Standorte für Windkraftanlagen sinnvoll abstimmen und festlegen. Dabei müssen die für die Stromerzeugung wirtschaftlich sinnvollsten Standorte bevorzugt werden. Repowering älterer Anlagen kann eine Effizienzsteigerung bringen, ohne weitere Beeinträchtigungen im Landschaftsbild.

Die energetische Gebäudesanierung ist ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den Klimawandel. Im Gebäudebereich haben wir noch sehr viel Energieeinsparpotenzial. Wir treten dafür ein, die bisherige Blockade der Länder im Bundesrat bei der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung aufzuheben. Bedauerlicherweise haben die Länder einen entsprechenden Vorstoß der christlich-liberalen Bundesregierung vor einigen Jahren abgelehnt. In Gewerbe und Industrie müssen Einspar- und Effizienzpotenziale aufgezeigt und weiterhin mit Steuervergünstigungen gefördert werden.

- **Welche Initiativen wollen Sie für eine vorrangige Förderung von Fuß-, Rad-, Bus- und Bahnsystemen in unseren Städten und in der Fläche ergreifen und wie stehen Sie zu den umstrittenen Großprojekten A643 durch den Mainzer Sand, A1, B10, Rheinbrücke Wörth, Mittelrheinbrücke?**

Wir wollen die einzelnen Infrastruktursysteme deutlich besser miteinander vernetzen. Dabei muss auch das Radwegenetz stärker in die Planungen eingebunden werden.

Dennoch bleibt die Straße – außerhalb der Ballungsräume – Verkehrsträger Nummer Eins. Moderne Mobilität und neue Antriebstechnologien wie Elektro- und Hybridantriebe sollen in Zusammenarbeit mit Industrie und dem Mittelstand in den Fokus einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Verkehrspolitik rücken. In einer Initiative aus Wirtschaft, Hochschulen, Energieversorgern und öffentlicher Unterstützung wollen wir dem Ausbau der Elektromobilität und der dazugehörigen Forschungsvorhaben einen Schwerpunkt widmen.

Wir befürworten alle von Ihnen genannten Infrastrukturprojekte, weil sie für die Entwicklung der Regionen von zentraler Bedeutung sind.

Der durchgehende sechsspurige Ausbau der A 643 bei Mainz ist für den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit von elementarer Bedeutung. Die Abgasemissionen der täglichen kilometerlangen Staus vor der Schiersteiner Brücke sind keineswegs zu rechtfertigen.

Der Lückenschluss der A1 in der Eifel wurde in zahlreichen Gutachten überprüft und alle kamen zu dem Schluss, dass der Eingriff in die Landschaft vertretbar ist. Bisher fahren täglich zahlreiche LKW und PKW durch die umliegenden Orte und beeinträchtigen die Lebensqualität der Menschen durch Abgase und Lärm.

Die B10 ist von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der strukturschwachen Region und die Verkehrssicherheit auf der Strecke. Die Frage des Lärmschutzes muss hier ebenso geklärt sein wie die durchgängige vierspurige Planung und die vollständige Finanzierung des Projekts.

Da die alte Rheinbrücke bei Wörth schon seit Jahren überstrapaziert wird, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis sie generalsaniert werden muss. Wenn zu diesem Zeitpunkt keine andere Brücke zur Verfügung steht, wird die Region im Verkehrschaos versinken.

Mit einer Mittelrheinbrücke hätten viele Orte am Rhein wieder eine Perspektive. Es ist nicht vertretbar, dass auf fast 100 Kilometern zwischen Mainz und Koblenz nicht einige einzige Brücke über den Rhein führt. Eine Mittelrheinbrücke würde die Infrastruktur und die Lebensqualität im Oberen Mittelrheintal erheblich verbessern.

- **Wir wollen Sie die heimische ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft stärken, damit diese gegenüber der globalisierten agrarindustriellen Produktion eine Existenzchance erhält?**

Wir stehen für die Gleichwertigkeit aller Produktionsformen in der Land- und Weinwirtschaft. Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist im „konventionellen“

wie im „ökologischen“ Land und Weinbau unabdingbar, um hochwertige Lebensmittel umwelt- und ressourcenschonend zu erzeugen. Rheinland-Pfalz ist kein Land industrialisierter Tierhaltung, überdüngter Felder oder eintöniger Monokulturen. Wir wollen durch einen Politikwechsel in Rheinland-Pfalz unseren Bauern, Gärtnern, Winzern und Waldbesitzern mit ihren Familien wieder Mut machen für eine Zukunft mit mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung und mehr Gestaltungsspielraum bei wirtschaftlichen Entscheidungen. Die Landwirte brauchen bessere Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen. Hierzu gehören auch eine gut ausgestattete verlässliche Agrarförderung über die erste und zweite Säule der EU-Agrarpolitik sowie deren unbürokratische Durchführung. Die Gängelung der Familienbetriebe durch ständig wachsende Dokumentationspflichten, neue Gesetze, Verordnungen und Richtlinien muss aufhören. Das gilt auch für die Vergabe von Fördermitteln. Wir werden EU- und Bundesrecht wettbewerbsneutral umsetzen, keinesfalls aber noch durch weitergehende Regelungen in Rheinland-Pfalz verschärfen.

- **Welche Schritte unternehmen Sie zu fairen, transparenten Handelsbeziehungen statt TTIP, TISA und CETA und wie wollen Sie in RLP eine nachhaltige Regionalentwicklung stärken sowie eine breite ökologische Bildung?**

Regionale und saisonale Produkte haben bei den Verbrauchern einen hohen Stellenwert. Unsere rheinland-pfälzischen Erzeuger können davon am Markt profitieren. Wir wollen heimische Erzeuger und regionale Wirtschaftskreisläufe – im Rahmen marktwirtschaftlicher Mechanismen – unterstützen, weil sie durch kurze Transportwege das Klima und die Umwelt schonen und die Wertschöpfung bei den Landwirten in Rheinland-Pfalz bleibt. Da gerade kleine Erzeuger unter immer neue Dokumentationspflichten und immer strengeren Auflagen leiden, werden wir diese wettbewerbsneutral umsetzen und keineswegs noch auf Landesebene verschärfen. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Belastungen nicht immer weiter erhöht werden.

Unsere Wirtschaft ist exportorientiert. Deshalb ist Freihandel für Arbeitnehmer und Unternehmer in Rheinland-Pfalz mit großen Chancen verbunden. Daher ist es in unserem Interesse, dass die TTIP-Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss kommen. Gleichzeitig sind aber die Sorgen und Befürchtungen vieler Bürger ernstzunehmen. Wir treten für transparente Verhandlungen und Ergebnisse ein, die einen angemessenen Ausgleich zwischen Handelsinteressen und dem Informationsbedürfnis der Bürger schaffen. Unser hohes Verbraucherschutzniveau muss auf jeden Fall erhalten bleiben.

Das Wissen um die Zusammenhänge in Natur und Landwirtschaft sowie den richtigen Umgang mit Lebensmitteln und gesunder Ernährung muss in allen Bevölkerungsgruppen gestärkt werden. Dazu zählt auch die Eindämmung der Lebensmittelvernichtung. Im Bildungsbereich wollen wir eine verbesserte Verbraucherbildung etablieren.

- **Welche Initiativen ergreifen Sie für eine verbesserte Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen, für Transparenz und Teilhabe in der Wirtschaft und für eine angemessene Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagement?**

Wir sind für Bürgerbeteiligung. Betroffene von Großprojekten müssen intensiver in die Planung eingebunden sein. Dafür bereits vorhandene politische Möglichkeiten zur Beteiligung der Bevölkerung müssen besser genutzt werden. Die Bevölkerungsmeinung wollen wir abfragen und in die Entscheidungen, die die gewählten Gremien treffen, einbringen. Ein Verbandsklagerecht lehnen wir entschieden ab, weil es einen unverhältnismäßigen Eingriff in das Privateigentum darstellt.